

Stellungnahme zur Interpellation

Werte Frau Ministerin, Werte Kolleginnen und Kollegen,

Kaum ein anderes Thema hat unser Leben in den letzten Jahren so stark beeinflusst wie die Corona-Pandemie. **Behörden mussten kurzfristig Maßnahmen ergreifen, um unser Gesundheitssystem zu schützen und Menschenleben zu retten.**

Im Januar 2022 verdeutlichten die Cheförzte des St. Nikolaus-Hospitals Eupen und der Klinik St. Josef Sankt Vith hier im Ausschuss eindrücklich die damalige Situation: **Die Krankenhäuser waren überfüllt, und es mangelte an einsatzbereitem Pflegepersonal.** Sie machten klar, dass eine breit angelegte Impfkampagne entscheidend sei, um die Überlastung zu reduzieren.

Zum damaligen Zeitpunkt hatte die Vivant-Fraktion ihre ablehnende Haltung gegenüber Impfungen und getroffenen Maßnahmen bereits öffentlich kundgetan. Ich erinnere mich an die Diskussionen hier im Haus, in denen **Hydroxychloroquin** als vermeintliches Allheilmittel propagiert wurde. Dass dieses Medikament später wissenschaftlich als unwirksam eingestuft und teils mit schwerwiegenden Nebenwirkungen in Verbindung gebracht wurde, ist Ihnen mittlerweile sicherlich bekannt.

Dennoch wurde die Möglichkeit, sich mit den lokalen Fachkräften über die Lage in den Krankenhäusern auszutauschen, nicht genutzt. Frau Stiel, Sie waren damals dabei – **doch Sie schwiegen und versäumten es, sich aktiv in die Diskussion einzubringen oder Fragen zu stellen.**

Und heute? In Ihrer Interpellation suggerieren Sie erneut, die Maßnahmen seien überflüssig oder überzogen gewesen. Lassen Sie mich einige zentrale Fakten in Erinnerung rufen:

- Während der Hochphase der Pandemie waren die belgischen Krankenhäuser massiv überlastet. Die Intensivstationen erreichten kritische Werte, sodass **Operationen verschoben** und **Notfallkapazitäten erweitert** wurden. (*Quelle: Sciensano-Bericht zur Krankenhausauslastung 2020–2023*)

- Ohne Impfmaßnahmen war die Sterblichkeitsrate signifikant höher. Die WHO schätzt, dass COVID-19-Impfungen weltweit Millionen Todesfälle verhindert haben. (*Quelle: WHO-Studie zur Impfwirksamkeit, 2023*)
- Länder, die früh auf Impfungen setzten, hatten schnellere Rückgänge bei schweren Krankheitsverläufen. (*Quelle: Lancet-Studie zu Impfeffekten, 2022*)

Natürlich kann man jede Entscheidung diskutieren. Doch zu behaupten, Maßnahmen wie das Covid Safe Ticket oder die Impfkampagne seien unnötig gewesen, widerspricht sowohl breiten **wissenschaftlichen Erkenntnissen** als auch der **Realität** in unseren Krankenhäusern.

Auf vier weitere Themen aus der Interpellation möchte ich eingehen:

1. War die Impfkampagne wirklich eine „Druckkampagne“ oder eine **notwendige Gesundheitsmaßnahme**?
2. Gab es wirklich relevante wissenschaftliche Bedenken oder nur **Einzelmeinungen**, die in der breiten Forschungslage nicht haltbar waren?
3. Hätte die DG-Regierung die Impfstoffverträge detaillierter kennen können – und wenn ja, hätte das tatsächlich **eine andere Entscheidung** bedeutet?
4. Wo und wann hat sich Vivant konsequent für eine Verbesserung der akuten Krankenhauslage eingesetzt?

Widersprüche ergeben sich in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte

Wie gestern im GrenzEcho zu lesen, befürworteten viele Belgier eine starke, autoritäre Führung. Gleichzeitig wird kritisiert, dass in der Pandemie schnell gehandelt wurde, mit dem Ziel unser Gesundheitssystem zu schützen.

Wollen wir wirklich eine Politik, die monatelang Verträge prüft, während Krankenhäuser überlastet sind? Oder erwarten wir, dass die Politik in Krisen schnell und zügig handelt?

Ein aktuelles Beispiel zeigt, die Bedeutung der Wissenschaft: Der US-Gesundheitsminister, ein selbsternannter Impfgegner, rät angesichts eines massiven Masernausbruchs nun selbst zur Impfung. Sie sehen, wissenschaftliche Erkenntnisse können Meinungen ändern und politische Entscheidungen faktenbasiert treffen lassen – nicht ideologisch.

Selbstverständlich sollen die getroffenen Maßnahmen kontrolliert und analysiert werden. **Im Nachhinein ist man immer klüger – und ja, auch während der Pandemie wurden Fehler gemacht.** Gerade in der Anfangsphase gab es Überreaktionen und überflüssige Verbote. Aber wir standen vor einer Situation, die in dieser Dramatik völlig unbekannt war. Es gab keine Erfahrungswerte, auf die wir zurückgreifen konnten. **Unter diesen Umständen waren schnelle, pragmatische Entscheidungen nötig, um das Gesundheitssystem nicht kollabieren zu lassen.**

Bezüglich der Impfstoffverträge: Diese wurden auf EU-Ebene verhandelt. Es gibt berechtigte Fragen zur Transparenz. **Es ist bemerkenswert, dass sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor Gericht verantworten muss, weil entscheidende Vertragsdetails nicht offengelegt wurden.** Ein Zeichen, dass hier nichts unter den Tisch gekehrt wird. Doch, die politische Aufarbeitung dieser Verträge liegt nicht in der Kompetenz der DG, sondern auf europäischer Ebene.

Abschließend stelle ich fest: Der entscheidende Unterschied zwischen Vivant und unserer Position ist, dass wir uns **an breiten wissenschaftlichen Erkenntnissen** und der Realität in den Krankenhäusern orientieren. **Unser Auftrag als Politik ist es, in Krisen verantwortungsvoll zu handeln – auf Basis von Fakten und nicht von Ideologien.** Genau diesen Unterschied müssen wir in der heutigen Debatte klarstellen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

